

1. Wahlperiode

15.04.91


Antrag der SPD-Fraktion

Der Landtag möge beschließen:

Die Regierung wird beauftragt, unverzüglich in Staatsvertragsverhandlungen zur Beteiligung des öffentlichen Rundfunks von Mecklenburg-Vorpommern mit den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und der Hansestadt Hamburg einzutreten.

Begründung:

Die bisherigen NDR-Staatsvertragsländer novellieren z.Z. die auslaufenden Verträge ihrer Länder zur Konstituierung des NDR auf neuer Grundlage. Es kommt jedoch darauf an, an diesen Verhandlungen teilzunehmen und die Interessen von Mecklenburg-Vorpommern in eine künftige 4-Länder-Anstalt eindeutig einzubringen. Nur so ist die Rundfunkversorgung des Landes durch die bisher bewährte und von der Bevölkerung gewollte Arbeit des NDR sicherzustellen.


Dr. H. Ringstorff und Fraktion